

Missionieren für den Wende-Traum

Unter dem Mantel von EnergieSchweiz wird die Energiestrategie massiv beworben

Von Kurt Tschan

Basel/Bern. Grosser Bundesbahnhof an der Swissbau vom Januar in Basel. Vor allem Vertreter des Bundesamtes für Energie waren omnipräsent. Höhepunkt war ein Besuch von Bundesrätin Doris Leuthard, die hinter verschlossenen Türen mit gegen 30 Verbänden aus der Bauwirtschaft verhandelte. Werbewirksam wurde im Anschluss eine Charta für die energetische Transformation des Gebäudeparks unterzeichnet. Kern des Abkommens bildet eine Bildungsoffensive an den Hoch- und Berufsschulen. Dort soll ein Grundwissen über energieeffizientes Bauen und Renovieren vermittelt werden.

Tatsächlich steht und fällt die Energiewende auch mit einer energetischen Revolution am Bau. Nur so kann das Ziel einer 2000-Watt- und einer bis 1,5-Tonnen-CO₂-Gesellschaft auch erreicht werden. Heute leben wir in der Schweiz in einer 8300-Watt-Gesellschaft und der CO₂-Ausstoss ist fünfmal so hoch. 40 Prozent der CO₂-Emissionen und die Hälfte des Energieverbrauchs gehen auf das Konto der Gebäude.

Offiziell steuert das Bundesamt für Energie (BFE) keinen Rapen zur Energiestrategie bei. «Es ist nicht seine Aufgabe, dafür Werbung zu machen, und das BFE tut dies auch nicht. Entsprechend entstehen auch keine Werbekosten», sagt Marianne Zünd, Mitglied der Geschäftsleitung im Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) auf Anfrage.

Inoffiziell ist das BFE aber in der Lage, dass es über das Programm EnergieSchweiz jährlich 55 Millionen Franken in die Energiewende pumpen kann. Als Finanzierungsvehikel wurde es bereits 2001 geschaffen. Die strategische Steuerung vom Programm EnergieSchweiz liegt beim UVEK. Das BFE nimmt in dessen Auftrag die operative Programmleitung wahr.

Fehlende Unabhängigkeit

Nach dem Entscheid des Bundesrates zum Atomausstieg, der in direktem Zusammenhang mit der Naturkatastrophe von Fukushima im Jahr 2011 steht, erhielt das Programm Flügel. Mit der Verabschiedung der Energiestrategie 2050 wurden die Mittel durch den Bundesrat mehr als verdoppelt. So wurde für den Zeitraum 2013 bis 2020 eine Budgeterhöhung von 26,6 Millionen auf 55 Millionen Franken genehmigt. Damit wurde mehr Geld gesprochen, als überhaupt ausgegeben werden kann.

«Im Moment sieht das Budget für 2015 und 2016 Gelder in der Höhe von je 50 Millionen vor. Das Budget wird also nicht ausgeschöpft», bestätigt Zünd. 2015 seien über 800 Projekte in



Predigen mit prallem Portemonnaie. Doris Leuthard sitzt am wirtschaftlichen Hebel für die Energiewende. Foto Keystone

den Bereichen Mobilität, Gebäude, Städte/Gemeinden, Industrie und Dienstleistungen, Geräte, erneuerbare Energien sowie Aus- und Weiterbildung unterstützt werden.

Heikel ist die Rolle des BFE vor allem deshalb, weil die Energiestrategie 2050 bis jetzt nicht in Kraft getreten ist. Zwischen National- und Ständerat bestehen Meinungsunterschiede. Offen ist auch, ob gegen den Gesetzes-Moloch letztlich das Referendum ergriffen wird und bei einer Ablehnung der Strategie Hunderte Millionen Franken Steuergelder einfach durch den Kamin geschickt wurden.

Die Schlüsselrolle, die das BFE bei der Energiewende spielt, ist aber auch aus anderen Gründen problematisch. Das Bundesamt hat sich mit Haut und Haaren einem Projekt verschrieben, dessen Umsetzung weder politisch noch technisch und wirtschaftlich gesichert ist. Zum Sprachrohr von Mitte-Links bei der Atomausstiegs-Diskussion geworden, hat es schon längst seine Unabhängigkeit eingebüsst und kann seine selbst definierte Hauptaufgabe für «eine ausreichende, krisen-feste, breit gefächerte, wirtschaftliche und nachhaltige Energieversorgung» nicht mehr in der gebotenen Unabhängigkeit wahrnehmen.

Nicht wenige in der Energiebranche fühlen sich inzwischen vom BFE in Geiselhaft genommen. So erklärte ein führender Vertreter der Energiewirtschaft am Rande des Stromkongresses Anfang

Jahr in Bern der BaZ, dass das BFE inzwischen die gesamte Branche am Gängelband führe und diese selbst sich aufgegeben habe. Man tue, was verlangt werde, und investiere dort, wo Zuschüsse ein Projekt wirtschaftlich machen würden. Bei Windkraftanlagen sind Zuschüsse von 25 Prozent die

Milliarden für den Umbau

Bern. Am 25. Mai 2011 beschloss der Bundesrat, auf Kernkraftwerke zu verzichten. Neben deutlicher CO₂-Reduktion soll auch viel Energie gespart werden. Vor allem die erneuerbaren Energien sollen aber ausgebaut werden. Der Zubau hier liegt bei 31 Terawattstunden. Davon entfallen 4,22 Terawattstunden auf die Windkraft. Dies entspricht 106-mal der Produktion des heute grössten Schweizer Windparks auf dem Mont Croisin im Berner Jura. Seit 2015 müssten jährlich drei solcher Windparks gebaut werden, um dieses Ziel zu erreichen. Für die Erneuerung und den Betrieb der bestehenden Kraftwerke bis 2050 veranschlagt der Bundesrat Kosten von 126 Milliarden. Für den Bau und Betrieb neuer Kraftwerke sind es 67 Milliarden. Der Um- und Ausbau der Stromnetze soll 18 Milliarden verschlingen. Die Effizienzgewinne werden auf 30 Milliarden veranschlagt. Die energetische Sanierung von Gebäuden dürfte 280 Milliarden kosten. kt

Regel, um ein teures Vorhaben rentabel betreiben zu können. Als Dank dafür gibt das BFE dann und wann ein zusätzliches Zückerchen. Zuletzt wurde die von Leuthard mehrfach für 2018 beschlossene Liberalisierung des Strommarktes für private Haushalte auf unbestimmte Zeit verschoben. Die Energiewirtschaft kann so jährliche Ertragsausfälle in einem dreistelligen Millionenbetrag auf den Buckel der Stromkonsumenten überwälzen. Bis auf Weiteres können nur Grosskunden das billigste Angebot frei wählen.

Wird die Branche danach gefragt, ob sie an die Energiestrategie auch glaubt, wird das ganze Dilemma der ideologisch gefärbten Energiewende sichtbar. Eine vom Wirtschaftsprüfungsinstitut Ernst & Young am Stromkongress durchgeführte Umfrage zeigt, dass 48,6 Prozent der Energieversorger weiterhin davon ausgehen, dass bei der Verabschiedung der Energiestrategie erhebliche Abstriche erfolgen werden.

Und selbst aus dem grünen Lager wird die Kritik lauter. «Das Gebäudeprogramm schrumpft und schrumpft, die Kantone geben bloss die Hälfte der vorgesehenen Fördergelder aus», jammerte dieser Tage der WWF. Tatsächlich wurden 2015 nur 100 und nicht wie vorgesehen 200 Millionen Franken Fördergelder für energetische Sanierungen ausgegeben. Die Zahl der Gesuche ist in den letzten Jahren um nicht weniger als 75 Prozent eingebrochen.

Nachrichten

Spekulationen um CS und einen Riesenverlust

Zürich. Alleine auf dem Goodwill des Investment Bankings sei eine Wertberichtigung in der Grössenordnung von vier Milliarden Franken vorgenommen worden, schreibt die *Sonntagszeitung*. Um die Grossbank in die Verlustzone zu reissen, würden drei Milliarden genügen. Der Milliardenabschreiber sei auf den Kauf der US-Investmentbank Donaldson, Lufkin & Jenrette im Jahr 2000 zurückzuführen. Dieser erweise sich als Flop. Die CS kommentierte gestern diese Aussagen nicht. Offen blieb auch, ob die für Donnerstag vorgesehene Veröffentlichung der Ergebnisse vorgezogen wird. kt

Volkswagen verkauft keine Marken

Wolfsburg. Bei der Neuausrichtung des tief in der Krise steckenden VW-Konzerns soll es keine Verkäufe einzelner Marken geben. «Wir haben zwölf erfolgreiche Marken, die sehr wettbewerbsfähig sind», sagte VW-Konzernchef Matthias Müller. Derzeit gebe es keinen Grund, das infrage zu stellen. Dies gelte auch für die LKW-Sparte, betonte VW-Manager Andreas Renschler. «Es wird keinen Notverkauf geben», sagte Renschler. Zwar müsse Volkswagen in der gegenwärtigen Krise organisatorisch «neu ausgerichtet werden», es gebe aber keinen Druck. SDA

Diese Woche

01.02. Montag

> Jahresergebnis der Bank Julius Bär
> Einkaufsmanager-Index (PMI) Januar

02.02. Dienstag

> Jahresergebnis: Grossbank UBS, Luzerner Kantonalbank, Maschinenbauer Bucher, Aromen- und Riechstoffhersteller Givaudan
> Aussenhandelszahlen 2015
> Detailhandelsumsätze im Dezember
> Jahresergebnis Modekonzern LVMH, Erdölkonzern BP

03.02. Mittwoch

> Jahresergebnis: Syngenta, ABB, Appenzeller KB, Helsana Versicherungen, GlaxoSmithKline
> UBS-Studie zu Reformwürfen der Altersvorsorge

04.02. Donnerstag

> Jahresergebnis: Grossbank CS, Bank Coop in Basel, Telekomkonzern Swisscom, Leonteq, Ölkonzern Shell, Telekomrüstler Alcatel Lucent, Daimler, Glarner KB
> Baloise stellt neuen CEO vor

05.02. Freitag

> Jahresergebnis: Ems-Chemie, BNP Paribas, Volvo
> Devisenreserven SNB Ende Januar

Der Chemie-Gigant aus Fernost auf Einkaufstour

ChemChina drängt mit voller Kraft auf die Weltmärkte und hat auch den Basler Agrochemie-Konzern Syngenta ins Visier genommen

Von Felix Lee, Peking

Mit Übernahmen hat Ren Jianxin schon sehr viel Erfahrung gemacht. Es wird erzählt, dass der heutige Chef von ChemChina einst mit einem Kredit von gerade einmal 1500 Franken sein Imperium aufbaute. Mitte der Achtzigerjahre war das, damals betrieb er eine chemische Reinigung – und zwar mit so grossem Erfolg, dass die chinesische Führung ihm in den Folgejahren mehr als 100 marode Chemiefabriken in Staatsbesitz anvertraute.

Diese Fabriken sollten zwar in Staatsbesitz bleiben, unter seiner Ägide aber effizienter und wettbewerbsfähiger werden. Das gelang ihm. Und zwar auch mit unkonventionellen Methoden: Als etwa in den Neunzigerjahren ein massiver Personalabbau anstand, verzichtete Ren auf Entlassungen. Stattdessen gründete er die Restaurantkette Malan Noodle und stellte die Geschäfte dort ein. Heute ist Malan Noodle eine der erfolgreichsten Imbissketten in China – und doch nur ein kleiner Zweig des Riesenunternehmens. Als Chef von ChemChina beschäftigt Ren heute mehr

als 140 000 Mitarbeiter und ist mit einem Umsatz von derzeit rund 45 Milliarden US-Dollar eine der erfolgreichsten Staatsunternehmen Chinas. Auf der Fortune-500-Liste der umsatzstärksten Unternehmen der Welt belegt ChemChina derzeit Platz 265. Seit einiger Zeit ist Ren Jianxin auch weltweit auf Einkaufstour.

Know-how einkaufen

Allein die Liste der jüngsten Übernahmen und Angebote lässt weltweit die Branche erzittern. Im Dezember bekundete der chinesische Staatskonzern sein Interesse für eine Mehrheitsbeteiligung am Basler Agrochemie-Konzern Syngenta. ChemChina ist bereit, sage und schreibe 29,4 Milliarden Franken zu zahlen, um rund 70 Prozent der Syngenta-Anteile ihr Eigen nennen zu können. Noch ist auch der US-Gigant Monsanto im Rennen, der Verwaltungsrat von Syngenta hat über beide Offerten noch nicht entschieden.

Angesichts dieses finanziellen Volumens war die Übernahme eines Anteils von zwölf Prozent am Genfer Rohstoffhändler Mercuria Mitte des Monats den

meisten Medien nur eine Randnotiz wert. Eine Woche zuvor hatte ChemChina die Vereinbarung über die Übernahme des deutschen Maschinenbaukonzerns Krauss-Maffei verkündet. Mit einem Kaufpreis von umgerechnet über einer Milliarde Franken ist es die bislang teuerste Übernahme eines deutschen Unternehmens durch einen chinesischen Konzern. Zu Krauss-Maffei zählt auch die Schweizer Marke Netstal.

Dass ChemChina über Übernahmen mit aller Kraft auf die Weltmärkte drängt, kommt nicht von ungefähr. Viele Jahre gab sich das chinesische Unternehmen mit dem heimischen Markt zufrieden. Das rasante Wachstum der chinesischen Wirtschaft brachte eine gewaltige Nachfrage nach Chemikalien, Kunststoffen und Dichtungsmaterialien für die Auto-, Bau- oder der Elektronikindustrie mit sich. Doch seit einiger Zeit wächst Chinas Wirtschaft nicht mehr ganz so rasant. Die Baubranche befindet sich nach Jahren der übertriebenen Expansion in einer regelrechten Krise. Und so ist auch ChemChina angehalten, im Ausland nach neuen Märkten zu suchen.

Zugleich steckt hinter dieser Expansion eine gezielte Strategie, die die chinesische Regierung vorgegeben hat. «Schwärmt aus», forderte die chinesische Regierung ihre Firmen auf. Und der Aufruf scheint zu wirken: Derzeit vergeht kaum eine Woche, an der nicht eine weitere Übernahme einer westlichen Marke durch ein chinesisches Unternehmen bekannt gegeben wird. «Es ist offizielle Politik, dass Chinas Unternehmen sich internationalisieren sollen», sagt Klaus Meyer von der China Europe International Business School in Shanghai. Aus Pekings Sicht setzt ChemChina diese Devise bereits seit einiger Zeit besonders vorbildlich um.

Seit dem vergangenen November gehört der italienische Reifenhersteller Pirelli zu 100 Prozent zu ChemChina. Den französischen Hersteller von Futtermittelzusätzen, Adisseo, hatte ChemChina bereits 2006 übernommen, 2011 folgte die Mehrheitsbeteiligung am israelischen Pflanzenschutzkonzern Adama. Und seit ChemChina die Silikonsparte des französischen Konzerns Rhodia übernommen hat, ist der chinesische Gigant einer der drei weltgrös-

ten Hersteller dieses viel genutzten Kunststoffes.

Was vor allem der westliche Konkurrenz Sorge bereitet: Hinter ChemChina steht der chinesische Staat. Und gerade in China kommen Staatskonzerne sehr viel leichter an subventionierte Darlehen. Das verzerrt den Wettbewerb gerade bei Unternehmensübernahmen ganz erheblich.

Zugleich macht ChemChina kein Geheimnis daraus, dass technologisch und im Management erheblicher Nachholbedarf besteht und sie als Investoren vor allem auf das Know-how aus sind. Die Belegschaft von westlichen Übernahmekandidaten befürchten, dass ganze Anlagen nach China verfrachtet werden.

Meyer sieht darin keinen Grund zur Sorge. «Die Motivation der Chinesen ist langfristig», sagt der Wirtschaftsprofessor. Auch nach der Übernahme behielten ausländische Unternehmen in der Regel grosse Autonomie. Den chinesischen Käufern sei bewusst, dass das Wissen an Menschen gebunden ist, so Meyer. Diese Expertise zu halten, habe daher höchste Priorität.